

Punktsieg gegen die Kopfpauschale.

Rösler-Modell ist vom Tisch.

Koalition will neues Konzept vor der Sommerpause vorlegen.

Die Koalition hat das Rösler-Modell, das in den letzten Tagen diskutiert worden ist, noch vor den offiziellen Beratungen auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts zurückgezogen. Die Kopfpauschale entzweit die Koalition und ist – vorerst – vom Tisch. Eine Einigung von CDU/CSU und FDP ist nicht in Sicht.

Der aktuelle Stopp der Rösler-Kopfpauschalenpläne ist ein weiterer Teilerfolg des Aktionsbündnisses „Köpfe gegen Kopfpauschale“.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat den Auftrag, gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen ein neues Konzept zu entwickeln und noch vor der politischen Sommerpause vorzulegen. Neben geforderten Einsparungen von mindestens 4 Mrd. Euro werden als Bestandteile der Neukonzeption genannt:

- die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags
- die „Weiterentwicklung“ der Zusatzbeiträge
- eine Staffelung der Beitragssätze, die als „Sozialausgleich“ bezeichnet werden

Der Konflikt ist vertagt, jedoch nicht beendet.

An der Grundsatzproblematik der Kopfpauschale ändert sich auch nichts durch neue Modelle.

Eine Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags würde bedeuten:

Die künftigen Kostensteigerungen müssten allein von den GKV-Mitgliedern getragen werden.

Das ist und bleibt ungerecht – und wird abgelehnt.

Eine „Weiterentwicklung“ der Zusatzbeiträge würde bedeuten:

Zusatzbeiträge sind heute schon kleine Pauschalen. Die Koalition will sie weiter als Ventil nutzen und ausbauen, um die Kostensteigerungen/Defizite aufzufangen. Es ist zu befürchten, dass „Weiterentwicklung“ pauschale Erhöhung der Zusatzbeiträge bedeutet. Das ist unsolidarisch – und wird abgelehnt.

Eine Staffelung der Beitragssätze würde bedeuten:

Eine Staffelung der Beitragssätze nach Einkommensklassen soll angeblich als „Sozialausgleich“ dienen, um eine Kopfpauschale auszugleichen. In Wahrheit führt eine Beitragsstaffelung zu einem stufenweisen Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der GKV. Das ist ein Taschenspielertrick, mit dem die Kopfpauschale durchgeboxt werden soll – und wird abgelehnt.

Die solidarische Alternative ist gefragt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat konkrete Vorschläge zur kurz- und mittelfristig nachhaltigen Finanzierung der GKV vorgelegt (GKV-Solidaritätspakt).

Dazu gehören

- die volle paritätische Finanzierung durch die Arbeitgeber
- die Einbeziehung der PKV in den Finanzausgleich
- eine Verbreiterung der solidarischen Finanzierungsgrundlagen durch Kapitaleinkünfte und
- angemessene Steuerzuschüsse zur Deckung von gesamtgesellschaftlichen Leistungen der GKV

Mit dem GKV-Solidaritätspakt können die drohenden Defizite solidarisch gedeckt werden – die Finanzierung kann nachhaltig solidarisch gesichert werden.

Es ist weiter nötig, gemeinsam für mehr Solidarität und Gerechtigkeit im Gesundheitswesen zu kämpfen und den Druck auf die Koalition zu erhöhen, um die Kopfpauschale endgültig und unwiderruflich zu stoppen.